

Niederschrift des öffentlichen Teils der Sitzung

Gremium	Kreis-, Vergabe- und Personalausschuss
Sitzungsdatum:	Donnerstag, den 12.03.2009
Sitzung Nummer:	61 (KVPA/61)
Sitzungsdauer:	15:35 - 16:56 Uhr
Sitzungsort:	Landratsamt Stendal, Hospitalstraße 1 - 2, Neubau, Sitzungsraum "Osterburg"

Jörg Hellmuth
Vorsitzender

Gabriela Grimm
Protokollführerin

Anwesend:

Vorsitz

Herr Jörg Hellmuth

Mitglieder

Herr Ralf Berlin

beratendes Mitglied

Herr Wolfgang Kühnel

Herr Wolfgang Peller

Herr Günter Rettig

Herr Eduard Stapel

Herr Norbert Tanne

in Vertretung für Herrn Schlaak

Herr Eike Trumpf

von der Verwaltung

Frau Annemarie Theil

Herr Carsten Wulfänger

Frau Angela Vogel

Abwesend:

Mitglieder

Herr Gerd Schlaak

Tagesordnung:

- 1 Begrüßung und Eröffnung der Sitzung
- 2 Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung, der Beschlussfähigkeit, der fehlenden Mitglieder des KVPA und der Tagesordnung
- 3 Feststellung des öffentlichen Teils der Niederschrift der 60. Sitzung des KVPA vom 22.01.2009
- 4 Bekanntgabe der in nichtöffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse der 60. Sitzung des KVPA am 22.01.2009
- 5 Beitrittsbeschluss zur Haushaltssatzung 2009
Vorlage: 497
- 6 Pflege- und Entwicklungsplan für das Gewässerrandstreifenprojekt Untere Havelniederung - in den Ländern Brandenburg und Sachsen-Anhalt
Vorlage: 485

- 7 Beantragung der Landesfachklasse Polster- und Dekorationsnäher
Vorlage: 486
 - 8 3. Änderung der Gebührensatzung der Kreisvolkshochschule Stendal
Vorlage: 488
 - 9 Änderung der Gebührensatzung der Kreismusikschule Stendal
Vorlage: 489
 - 10 Änderung der Honorare der nebenberuflichen Lehrer der Kreismusikschule Stendal
Vorlage: 490
 - 11 Namensgebung für die Kreismusikschule Stendal
Vorlage: 491
 - 12 Zweckvereinbarung zur Übernahme der Organisation der kommunalen Integrationsarbeit
Vorlage: 495
 - 13 Förderung des Sportes - Änderung des Vertragsentwurfes mit dem Kreissportbund Stendal-
Altmark e.V.
Vorlage: 503
 - 14 Beteiligungsbericht 2008 des Landkreises Stendal in Fortschreibung für das Jahr 2007
- Mitteilungsvorlage -
Vorlage: 492
 - 15 Stand Umsetzung Konjunkturprogramm
 - 16 Anfragen und Hinweise
-

Protokoll

zu TOP 1 Begrüßung und Eröffnung der Sitzung

Der Landrat, Herr Hellmuth, eröffnet 15.35 Uhr die 61. Sitzung des KVPA und begrüßt die Anwesenden.

zu TOP 2 Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung, der Beschlussfähigkeit, der fehlenden Mitglieder des KVPA und der Tagesordnung

Der Landrat stellt fest:

- die Ladung zur KVPA-Sitzung erfolgte frist- und ordnungsgemäß am 27. Februar 2009,
- der KVPA ist beschlussfähig; es sind 7 Mitglieder des KVPA anwesend (siehe Seite 1 Anwesenheitsliste).

Des weiteren bemerkt er, dass dem KVPA heute eine veränderte Tagesordnung übergeben worden ist; im nicht-öffentlichen Teil sollen die Vorlagen DS Nr. 508 und DS Nr. 509 zusätzlich mit aufgenommen werden.

Zur Tagesordnung bestehen keine Wortmeldungen. Somit wird die veränderte Tagesordnung mit den beiden genannten Zusätzen festgestellt.

zu TOP 3 Feststellung des öffentlichen Teils der Niederschrift der 60. Sitzung des KVPA vom 22.01.2009

Es bestehen keine Einwende zur Niederschrift; der Landrat stellt sodann den öffentlichen Teil der Niederschrift der 60. Sitzung des KVPA vom 22.01.2009 fest.

zu TOP 4 Bekanntgabe der in nichtöffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse der 60. Sitzung des KVPA am 22.01.2009

Der Landrat gibt die in nichtöffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse der 60. Sitzung des KVPA am 22.01.2009 (DS Nr. 480 und 482) bekannt.

**zu TOP 5 Beitrittsbeschluss zur Haushaltssatzung 2009
Vorlage: 497**

Der Landrat erklärt, dass im FHLA vor einer Woche schon ausführlich über den Beitrittsbeschluss beraten worden ist. Die Aufsichtsbehörde hat den Haushalt nicht beanstandet, sondern nur mit Auflagen versehen. Eine dieser Auflagen ist dieser Kreistagsbeschluss.

Herr Wulfänger ergänzt, dass die Haushaltsgenehmigung 4 Punkte enthält. Der erste ist, dass der Haushalt nicht beanstandet wurde. Der zweite ist, dass dem Kreis aufgegeben wurde, 1.018.800 € an kreislichen Geld einzuspielen. Das ist genau die Summe, um die der vom Kreistag beschlossene Haushalt höher liegt als die Haushaltskonsolidierung. Es wurden 2,1 Mio. € in der Konsolidierung ausgewiesen und beschlossen. Das Land ist der Meinung, wenn der Kreis die Kreisumlage herunter genommen hat, muss er auf anderem Wege das Geld einnehmen. Entweder über einen verbesserten Jahresabschluss 2008 oder über eine Haushaltssperre in diesem Jahr. Da wir nicht die komplette Mio. € im letzten Jahr besser abschneiden werden, werden wir wohl im April über diesen Betrag eine Haushaltssperre verhängen.

Im Punkt 3 wurden mit dem Haushalt auch die Verpflichtungsermächtigungen genehmigt. Es sind große Investitionen vorgesehen von ungefähr 6,5 Mio. €. Da wir es nicht komplett über den eigenen Haushalt finanzieren können, ist beabsichtigt, einen Kredit von 760 T€ aufzunehmen. Dieser wurde quasi indirekt mit den Verpflichtungsermächtigungen schon genehmigt. Allerdings, und das ist die 4. Auflage, muss der Kreistag die Zweckbindungsvermerke im Haushalt genauer beschreiben, genauer als wir es eigentlich haben. Deshalb sind auf der Rückseite der Beschlussvorlage in der Tabelle die Einnahmen und die Ausgaben genau zugeordnet. Außerdem musste klar sein, dass wir nur anfangen dürfen zu bauen, wenn ein bestandskräftiger Bewilligungsbescheid vorliegt mit einem Fördersatz von mind. 80 v. H. Dieses ist mit den Deckungsvermerken, die auf der Rückseite beschrieben sind, gewährleistet.

Fragen seitens des KVPA bestehen keine.

mehrheitlich zugestimmt

Ja mehrheitlich Nein 0 Enthaltung 1

**zu TOP 6 Pflege- und Entwicklungsplan für das Gewässerrandstreifenprojekt Untere Havelniederung - in den Ländern Brandenburg und Sachsen-Anhalt
Vorlage: 485**

Der Landrat bemerkt, dass durch die Projektträger in den Fachausschüssen der Pflege- und Entwicklungsplan für das Gewässerrandstreifenprojekt "Untere Havelniederung" ausführlich vorgestellt worden ist.

Frau Theil erklärt, dass Grundlage für diesen Pflege- und Entwicklungsplan das durch den Kreistag begleitete und 2004 beschlossene Regionale Entwicklungskonzept (REK) „Untere Havel“ bildete. Die Ergebnisse und Forderungen des REK „Untere Havel“ fanden bei der Erstellung des Pflege- und Entwicklungsplanes Berücksichtigung und sind in diesen eingeflossen. Es gab verschiedene Projekt- und Arbeitsgruppen, die maßgeblich bei der Vorbereitung der Planung einbezogen worden sind.

Die Planung ist jetzt abgeschlossen. Man weiß jetzt, welche Maßnahmen zur Renaturierung der Unteren Havel umgesetzt werden könnten. Das Geld, das durch das Bundesministerium für Umwelt zur Verfügung gestellt wurde, reicht natürlich bei weitem nicht aus, um alle Maßnahmen zu realisieren. 22 Mio. € stehen in etwa hier zur Verfügung. 2010 will man dann in die Umsetzungsphase gehen. Vom Vorhabenträger wurde uns versichert,

es werden nur die Maßnahmen bzw. Lösungen planerisch weiter verfolgt und umgesetzt, bei denen ein Konsens mit den Gemeinden und Landkreisen gefunden wurde.

Herr Tanne äußert, dass die 3 Fachausschüsse Bau- und Verkehr, Wirtschaftsförderung, Landwirtschaft und Tourismus sowie der Ausschuss für Ordnung, Umwelt und Landschaftsschutz zur Thematik gemeinsam getagt haben. Durch die 3 Fachausschüsse wurde einstimmig dem Kreistag dieses Projekt empfohlen. Es ist hervorragend vorbereitet und abgestimmt, auch mit allen Landwirten und mit allen anliegenden Kommunen.

Herr Tanne gibt zum Ausdruck, dass der Pflege- und Entwicklungsplan beispielhaft in seiner Vorbereitung, Erarbeitung, Diskussion und Abwägung aufgestellt worden ist. Er stellt fest, dass, wenn alle Landschaftsplanungen und Stellungnahmen in unserem Landkreis so vorbereitet worden wären, eine größere Akzeptanz auf allen Ebenen vorhanden wäre.

einstimmig zugestimmt

**zu TOP 7 Beantragung der Landesfachklasse Polster- und Dekorationsnäher
Vorlage: 486**

Es bestehen keine Wortmeldungen.

einstimmig zugestimmt

**zu TOP 8 3. Änderung der Gebührensatzung der Kreisvolkshochschule Stendal
Vorlage: 488**

Der Landrat behandelt die Vorlagen DS Nr. 488, 489 und 490 im Komplex.

Er bemerkt, dass die Vorlagen schon im Schulausschuss und im FHLA beraten worden sind. Er gibt den Hinweis, dass durch den Fachausschuss die Vorlagen bis zur nächsten Sitzung zurückgestellt wurden, weil die Zeit, um sich mit der Thematik zu beschäftigen, ein bisschen kurz war und weil das eine oder das andere noch hintergrundmäßig zu klären ist.

Der derzeitige Stand ist, dass die Vorlagen nicht auf die Tagesordnung des Kreistages im März gesetzt werden, sondern wir würden sie auf den April-Kreistag verschieben.

Frau Theil ergänzt, dass das Schulamt dabei ist, einige Dinge aus den bisherigen Beratungen auf- und in die Vorlagen einzuarbeiten. Sie werden am 31. März 2009 erneut im Fachausschuss diskutiert.

zurückgestellt

**zu TOP 9 Änderung der Gebührensatzung der Kreismusikschule Stendal
Vorlage: 489**

siehe Punkt 8

zurückgestellt

**zu TOP 10 Änderung der Honorare der nebenberuflichen Lehrer der Kreismusikschule Stendal
Vorlage: 490**

siehe Punkt 8

zurückgestellt

zu TOP 11 Namensgebung für die Kreismusikschule Stendal
Vorlage: 491

Es bestehen keine Wortmeldungen.

einstimmig zugestimmt

zu TOP 12 Zweckvereinbarung zur Übernahme der Organisation der kommunalen Integrationsarbeit
Vorlage: 495

Der Landrat bemerkt, dass in mehreren Sitzungen darüber informiert wurde, dass eine Zusammenarbeit mit der Stadt Stendal erfolgt und dass das Land ein Programm aufgelegt hat, welches allerdings nur für die Kreise in Frage kommt. Wir haben aber die Situation, dass sich bei der Stadt Stendal eine hervorragende Integrationsarbeit in der Umsetzung befindet. Mit dem Innenministerium haben wir Gespräche geführt, dass der Landkreis zwar der Antragsteller ist, dass wir dann aber über eine Zweckvereinbarung die Mittel weiterreichen und die hervorragende Arbeit bei der Stadt Stendal kontinuierlich fortgesetzt werden kann mit dem Schwenk, bei Bedarf und Notwendigkeit die Arbeit kreisweit für die anderen Städte und Gemeinden im Landkreis zu leisten. Wir gehen aber davon aus, dass 80 bis 90 % aufgrund der Situation Stadtsee doch in Stendal abläuft.

Auf Nachfrage erklärt der Landrat, dass die Stelleninhaberin bei der Stadt Stendal in 4 bis 5 Jahren ausscheiden wird. Wir haben gesagt, danach bauen wir es bei uns auf. Wir würden es jetzt so händeln, dass wir schrittweise mit den 10 Stunden anfangen, sodass wir dann nachher einen nahtlosen Übergang haben. Es ist ja enorm wichtig, dass in diesem Bereich kein Abbruch geschieht. Über diese Integrationsarbeit werden spezielle Projekte begleitet. Das Geld ist unser Eigenanteil, vom Land gefördert.

Herr Wulfänger ergänzt, dass wir die Höchstfördersumme von 43 T€ bekommen. Die Stelle ist ein bisschen teurer. Die Stadt und der Landkreis Stendal teilen uns das; also 30 Stunden = 75 % bei der Stadt Stendal und 10 Stunden = 25 % Landkreis Stendal. Und in dem Maße werden auch die Eigenanteile aufgeteilt. Die 3.250 € ist unser Anteil bezogen auf die 10 Stunden. Jährlich neu zu beantragen bis 2014.

einstimmig zugestimmt

zu TOP 13 Förderung des Sportes - Änderung des Vertragsentwurfes mit dem Kreissportbund Stendal-Altmark e.V.
Vorlage: 503

Die Vorlage wird durch den 2. Beigeordneten, Herrn Wulfänger, erläutert.

Fragen bestehen keine.

Herr Stapel gibt den Hinweis, dass im Beschlussvorschlag und in der Begründung ein falsches Datum (18.12.2009) steht. Richtig muss es heißen 18.12.2008.

Der Landrat bemerkt dazu, dass dieses abgeändert werde.

einstimmig zugestimmt

zu TOP 14 Beteiligungsbericht 2008 des Landkreises Stendal in Fortschreibung für das Jahr 2007
- Mitteilungsvorlage -
Vorlage: 492

Der Landrat bemerkt zur Mitteilungsvorlage, dass die Vorlage bereits im FHLA beraten worden ist. Man hat sich darauf verständigt, den Beteiligungsbericht 2008 zur nächsten Finanz-, Haushalts- und Liegenschaftssitzung am 02.04.2009 noch mal auf die Tagesordnung zu nehmen und dort die noch offenen Fragen zu beantworten.

Fragen seitens des KVPA bestehen keine.

Der KVPA leitet die Mitteilungsvorlage an den Kreistag weiter.

zur Kenntnis genommen

zu TOP 15 Stand Umsetzung Konjunkturprogramm

Der Landrat erklärt, dass im FHLA eine erste Entwurfsliste der Verwendung der Investitionsmittel des Konjunkturpakets II in Sachsen-Anhalt den Mitgliedern übergeben worden ist. Wir werden es auch in den Fachausschüssen Ende März thematisieren. Derzeit gibt es bzgl. der Maßnahmen keinen neueren Stand. Gestern ist uns vom Landkreistag ein Entwurf einer Ländervereinbarung eingegangen, indem man sich über das Kapitel „Zusätzlichkeit“ auslässt. Wir denken aber, dass wir mit unserer Konstellation, einen beschlossenen Haushalt zu haben und das wir in unserem kleinen Programmentwurf alle Maßnahmen haben, die nicht im Haushalt sind, dem Prinzip der Zusätzlichkeit ausdrücklich entsprechen. Die Maßnahmen sollen überwiegend energetischer Natur sein. Unter diesem Aspekt haben wir natürlich unser Programm weitestgehend zusammen gestrikt. Die Frage ist aber, was heißt weitestgehend? Diesbezüglich gibt es schon einen ersten Richtlinienentwurf des Innenministeriums. Der spricht da von 51 % als überwiegend. Hinter vorgehaltener Hand wird aber gesagt, dass hierüber die Länder und der Bund noch diskutieren. Das könnte sich noch ein bisschen auflockern. Das hat den Hintergrund, weil für Schulen die Länder zuständig sind, aber für energetische Programme etc. der Bund. Deshalb also verlangt der Bund dieses überwiegende.

Die 2,4 Mio. € die wir als Landkreis brutto für Schulen bekommen (rund 300 T€ Eigenanteil = 12,5 %), sollen aus dem Konjunkturprogramm II des Bundes in ein sogen. Impulsprogramm des Landes als Sofortfreigabemittel vergeben werden. Unser Spitzenverband geht im Moment davon aus, dass wir im Mai über diese Mittel verfügen können. Sie sollen hauptsächlich für Schulen eingesetzt werden. Es soll versucht werden, die Sommerferien zur Umsetzung zu nutzen. Das werden wir weitestgehend auch tun und bereiten es von den Abläufen so vor. Uns ist aber auch klar, dass man nicht alles in den Sommerferien schafft.

Herr Kühnel bemerkt, wir erwarten ja, dass der Haushalt im Schulbau umgesetzt wird. Wir wissen aber, dass eine Schule von denen, die wir bauen wollen, nicht gefördert wird. Man muss sehen, ob man die Förderung im nächsten Jahr dafür erhält. Wenn nicht, sollte man den Weg über das Konjunkturprogramm wählen.

Das gleiche ist mit den Richtlinien, die das Land verabschiedet. Die Ministerpräsidenten haben sich ja verständigt. Sie wissen ganz genau, wenn wir die Mittel falsch einschätzen, dass wir in zwei oder drei Jahren mit den Prüfern des Bundes in Konflikte geraten können und wir dann das Geld zurückzahlen müssen. Die Möglichkeit besteht theoretisch, und die muss man aus dem Weg schaffen, damit wir Sicherheit haben.

Herr Kühnel ist der Meinung, dass man jetzt ausschreiben muss, was man im Sommer machen will. Wenn es wirklich so kommt, dass die Komarow-Schule bestehen bleiben darf, muss die Komarow-Schule saniert werden. Dann müssen neue Fenster rein etc. Und das sind ja energetische Maßnahmen. Im Kreistag im April ist die Schulentwicklungsplanung auf der Tagesordnung. Wenn beschlossen wird, dass die Komarow-Schule bleibt, hat man ein Objekt, was man im Sommer anfassen muss.

Auf Nachfrage bzgl. der Grundschulen erläutert der Landrat, dass das Impulsprogramm nach Schülerzahlen geht. Und hier zählen dann die Grundschüler. Nach unseren Schätzungen sind das 1,2 Mio. € die auch über den Kreis verteilt werden sollen. Das wird ja nicht ganz unproblematisch. Hier gibt es die Auflage, nur dort, wo langfristiger Erhalt ist. Man hat aber noch keinerlei Informationen, wie das dann geschehen soll.

Bei der Summe von 2,4 Mio. € die wir erhalten, gehen wir derzeit von einer relativ sicheren Zahl aus, weil hier Grundlage die Schülerzahlen des Landkreises sind (Sekundarschüler, Gymnasialschüler und Sonderschüler). Vorgesehen ist, dieses Programm im April zu beschließen, parallel zur Schulentwicklungsplanung, sodass wir dann auch wirklich loslegen können. Es werden jetzt natürlich schon Vorbereitungen und Überlegungen getroffen. Die 2,4 Mio. € müssen bis zum Jahresende ausgegeben bzw. die Aufträge ausgelöst werden.

zu TOP 16 Anfragen und Hinweise

Herr Rettig fragt, ob es neue Zahlen zur Komarow-Schule gibt?

Der Landrat antwortet, im Rahmen der Schulentwicklungsplanung sind wir dabei, die aktuellen Zahlen zusammenzustellen was die Übergänge betrifft. Diese werden im Fachausschuss vorgestellt. Es sieht besser aus als wir dachten. Insofern würden wir zwischen Schulentwicklungsplanung und zwischen Konjunkturprogramm keinen Widerspruch sehen. Im Gegenteil. Wir sehen uns bestätigt, so im Sinne, wie Herr Kühnel es sagte.

Herr Rettig hat eine weitere Frage an den Landrat: Sie waren im Januar d. J. mit dem Landtagspräsidenten im Haus Eichengrund in Walsleben. Es geht um die schulische Erziehungshilfe Altmark. Gibt es diesbezüglich einen neuen Erkenntnisstand? Seinerzeit äußerten Sie, es sieht gar nicht schlecht aus. Es gibt unterdessen ein Schreiben vom Geschäftsführer Herrn Uwe Lenz an Herrn Steinicke und es gibt ein Konzept des Paritätischen.

Der Landrat antwortet, dass Herr Lenz der Kreisverwaltung auch noch einmal geschrieben hat. Es sind ja zwei Sachen. Einmal eine Schule an sich zu bilden und zu gründen. Hier ist die Frage, wer wird Schulträger. Das ist ausschließlich Sache des Landes; dass Land muss entscheiden. Wir haben gesagt, wir könnten unterstützen, was die Raumbereitstellung betrifft. Ich habe damals im Auge gehabt, wenn wir die LB-Schule in die Berufsschule umziehen lassen, dass wir dort evtl. Räumlichkeiten hätten. Heute muss ich sagen, nachdem wir uns nun intensiv damit beschäftigt haben, dass es räumlich nicht möglich ist. Aber, dort wo die LB-Schule jetzt untergebracht ist, da könnte man evtl. die Räumlichkeiten zur Verfügung stellen. Hier wären wir bereit. Alles andere aber muss mit dem Kultusministerium geregelt werden.

Herr Berlin spricht noch einmal die Komarow-Schule an. Es gab den Bericht über die vielen Schulabbrecher in Sachsen-Anhalt. Ich weiß, dass auch an der Komarow-Schule Schüler den Hauptschulabschluss nachmachen. Man sollte evtl. überlegen, ob man nicht diese Schule auch speziell an das pädagogische Konzept anlehnt, dass man da Schulabbrecher vielleicht auffängt, um zu konzentrieren, um den Schulabschluss doch noch zu machen.